



Seine Arbeit soll Früchte tragen:
Dirk Hilbert ist Oberbürgermeister

► Seit dem 3. September ist Dirk Hilbert (FDP) nun auch offiziell neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, nachdem sich zwei Monate zuvor mehr als 54 Prozent der Wähler im zweiten Wahlgang für den 44-Jährigen ausgesprochen hatten. Im Rahmen seiner Vereidigung bekam Hilbert nicht nur die vergoldete Amtskette umgehängt, sondern von den Mitgliedern der FDP/FB-Fraktion als Antrittsgeschenk einen sächsischen Apfelbaum überreicht. „Natürlich haben wir uns für die Sorte Gelber Köstlicher entschieden“, erklärt FDP-Stadtrat Jens Genschmar augenzwinkernd. Hinter dem außergewöhnlichen Präsent verbarg sich natürlich ein tieferer Sinn: Es wurde getreu dem Motto „Ein Mann soll in seinem Leben einen Baum pflanzen – am besten einen, der Früchte trägt.“ ausgewählt.

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

Flüchtlingskrise und kein Ende

Auch Dresden badet die Versäumnisse und Fehler der deutschen und europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik aus. Dabei stehen die wahren Herausforderungen erst noch bevor.

VON HOLGER ZASTROW

Kein anderes Thema beschäftigt Deutschland so sehr wie der aktuelle Flüchtlingsstrom. Rund eine Million waren es im vergangenen Jahr und kein Ende ist in Sicht. Und obwohl der Zustand inzwischen schon eine Weile anhält, ist kein Plan, kein Konzept, keine Idee erkennbar, wie mit der Krise umgegangen werden soll - nicht in Brüssel, nicht in Berlin. Wir erleben ein für undenkbar gehaltenes Staats- und Politikversagen der verantwortlichen Ebenen.

Der naiven und völlig übertriebenen Willkommenseuphorie, die ihr Finale in dem mindestens fahrlässigen Satz der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ fand, stehen die Realitäten entgegen. Dem von vielen Menschen auf der Schattenseite der Welt, die Schutz oder einfach nur ein besseres Leben suchen, als großzügige Einladung miss-

verstandene Kanzlerinnenwort steht die Erkenntnis gegenüber, dass es so nicht weitergehen kann und dass hier etwas ins Rutschen kommt, das nicht ins Rutschen kommen sollte.

Alle, die nicht unter der gläsernen Kuppel des Reichstages in ihrem eigenen Kosmos leben, wissen das. Sie wissen, dass die Flüchtlinge unsere Probleme nicht lösen – nicht unsere Fachkräfteprobleme, nicht unsere demografischen Probleme, nicht unsere Rentenprobleme und sie werden vermutlich auch nicht die leergezogenen ländlichen Räumen in Ostdeutschland wiederbesiedeln, wie Migrationsforscher beim Betrachten jubelnder Menschen auf Bahnsteigen prophezeiten. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die Politik ein klaren Kopf behält - in jeder Situation und trotz aller Empathie. Jeder weiß übrigens auch, dass die

zurzeit so heiß diskutierte Frage der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber am Ende des Tages die leichteste ist.

Die größte Herausforderung steht der Gesellschaft erst noch bevor, wenn Menschen, unter denen nicht wenige sind, die unsere Werte und Normen weder kennen noch wollen, die nicht wissen, mit welchen Anstrengungen persönlicher Wohlstand auch bei uns verbunden ist oder die die Bedeutung des Religiösen überbetonen und ein archaisches Familienbild und ein längst überwunden geglaubtes Rollenverständnis mit hierher bringen, integriert, beschäftigt oder tatsächlich wieder abgeschoben werden müssen. Wie man damit umgeht, dafür gibt es, wie gesagt, weder eine Idee, noch einen Plan oder ein Konzept.

Es gibt also allen Grund, sich Sorgen zu machen. Zumal ein Kon-

zept von Politikern wie der Bundeskanzlerin kommen müsste, für die in der Vergangenheit selbst eine gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten und integrationswilligen Menschen und ein modernes Zuwanderungsgesetz, wie es die FDP nach kanadischem Vorbild schaffen wollte, undenkbar war und die die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen und Tschechen vor Kurzem noch für Teufelszeug hielten. Leider gibt es kein Indiz dafür, warum ausgerechnet Angela Merkel und ausgerechnet die Große Koalition jetzt eine Lösung für die von ihr selbst unnötig verschärfte Situation liefern sollten.

Und Dresden? Wie alle Kommunen badet Dresden die Versäumnisse und Fehler der deutschen und der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik aus. Ohne dass die Stadt irgendetwas an der Situation ändern könnte, ist Dresden

verpflichtet, mit den Konsequenzen der verantwortlichen Politik auf höheren Ebenen umzugehen. Reaktion statt Aktion heißt die Devise für den Moment. Dabei trifft es die Stadt immer noch unvorbereitet und immer noch sind Land und Bund noch nicht einmal bereit, die tatsächlichen Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge und erste Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen komplett zu übernehmen. Wenn lokale Politiker überall in Deutschland beklagen, von Berlin im Stich gelassen zu werden, dann stimmt das auch für Dresden.

Auch wenn die Leistungsfähigkeit Dresdens aufgrund der Schuldenfreiheit der Stadt mit Sicherheit größer als in vielen anderen Kommunen ist, wird die Decke auch in Dresden irgendwann zu kurz sein, wenn es mit der Entwicklung so weiter geht.

INHALT / SEITE 3

➔ Im Interview:
Hartmut Vorjohann

INHALT / SEITE 3

➔ Haushaltssperre
verhängt

INHALT / SEITE 4

➔ Alternativen zur
Woba-Neugründung

Rathaus wieder in liberaler Hand

Mit Dirk Hilbert steht zum fünften Mal ein Liberaler an der Spitze der sächsischen Landeshauptstadt.

54,2 Prozent der Wähler stimmten am 5. Juli im zweiten Wahlgang für Dirk Hilbert (FDP) als neuen Dresdner Oberbürgermeister. Der 44-Jährige setzte sich damit klar gegen die Kandidatin der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit, Dr. Eva-Maria Stange, durch. Dresden ist derzeit die einzige deutsche Großstadt, die von einem FDP-Mitglied regiert wird. Ein Novum in der Stadtgeschichte ist das aber nicht. Bereits vier Liberale standen vor Hilbert an der Spitze der sächsischen Landeshauptstadt, u. a. Wilhelm Külz und Ingolf Roßberg. Es ist daher nicht falsch, Dresden als liberale Hochburg zu bezeichnen.

Hilbert, der als Kandidat der Wählervereinigung „Unabhängige Bürger für Dresden“ angetreten war,

machte gleich in seiner Antrittsrede deutlich, auf welche drei Säulen er für die künftige Entwicklung Dresdens setzt: Schuldenfreiheit, Wirtschaftskraft und Bildung. Wichtig sei dabei ein Miteinander von Stadtrat und Verwaltung. „Die gemeinsame Verantwortung, in der wir für mehr als eine halbe Million Menschen stehen, ist viel wichtiger als das Interesse einzelner Gruppen“, betonte Hilbert. Auch die Entwicklung einer Zukunftsstrategie für Dresden sowie ein permanenter Austausch mit den Bürgern stehen auf seiner Agenda. Zudem verdeutlichte er mit Blick auf das Thema Asyl und Zuwanderung, dass er dafür Sorge tragen will, dass die Internationalität in Dresden wieder Alltag wird. Nicht mit markigen Worten,



sondern nur durch demokratisches Engagement und politische Bildung käme man gegen rechtsradikale Strukturen an.

„Mit Dirk Hilbert haben die Dresdner den besten Kandidaten an die Spitze der Stadt gewählt“, gratulierte Holger Zastrow, Vorsitzender der FDP/FB-Fraktion, stolz seinem Parteifreund. „Der Erfolg ist zuerst und ganz besonders seine persönliche Leistung und das Ergebnis einer großen Wertschätzung und Anerkennung, die er sich in den vergangenen Jahren als Wirtschaftsbürgermeister und Erster Bürgermeister in Dresden erworben hat. Die Dresdner wollten eine starke Persönlichkeit, die den erfolgreichen Weg der Stadt fortsetzt und die gesplante Bürgerschaft wieder zusammenführt. Dafür hat Dirk Hilbert einen klaren Auftrag der Wähler bekommen.“

Zuwachs für die FDP/FB-Fraktion

Detlev Cornelius verstärkt FDP/FB



Die FDP/FB-Fraktion ist nicht mehr die kleinste Stadtratsfraktion. Zum 1. Januar 2016 schloss sich der partei- und fraktionslose Stadtrat Detlev Cornelius der liberalen Fraktion an. Damit hat die Fraktion jetzt fünf Mitglieder, die ungefähr 8 Prozent der Dresdner Wähler repräsentieren. Cornelius war bei der Wahl noch über

die Liste der AfD in den Stadtrat eingezogen. Nach der politischen Neuausrichtung der AfD und dem Austritt des Parteigründers Bernd Lucke verließ auch der 55-jährige Jurist die AfD und trat zeitgleich aus der Ratsfraktion aus. Der gebürtige Koblenzer wuchs im Rhein-Main-Gebiet auf, hat eine Tochter und lebt in Plauen. Cornelius: „Nach meinem Austritt aus der AfD habe ich mich intensiv mit einem Fraktionswechsel beschäftigt und sehe bei der FDP/FB-Fraktion die größte politische Schnittmenge. Nachdem ich mit meinen neuen Fraktionskollegen einen ausführlichen Meinungsaustausch geführt habe, freue ich mich auf eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit.“

Wahl der Fachbürgermeister

Anfang August wählte der Stadtrat neue Fachbürgermeister. Überraschungen blieben aus, weil die zu besetzenden Ämter zwischen Linken, SPD, Grünen und CDU zuvor aufgeteilt worden waren. Die FDP/FB-Fraktion setzte trotzdem – auch wenn sie als kleinere Fraktion keine Chance hatte, bei den Bürgermeisterbesetzungen entscheidend einzugreifen – auf zwei eigene Kandidaten bei den besonders sensiblen Geschäftsbereichen Finanzen und Verwaltung sowie Umwelt und Kommunalwirtschaft.

Für ersteren schlugen die Liberalen mit Hartmut Vorjohann (CDU) den amtierenden Finanzbürgermeister als Garant der von CDU und FDP erreichten Schuldenfreiheit Dresdens und strengen Wächter von Vernunft und Solidität in

der Haushaltspolitik vor. Da sich die Union von der linksgrünen Ratsmehrheit für einen Deal bei der Wahl der Beigeordneten vereinbarte, stimmte die CDU bei der Wahl gegen den eigenen Mann und für Peter Lahmes, den Kandidaten der SPD.

Mit Uwe Barth aus Jena präsentierte die Fraktion zudem eine hochqualifizierte, frische Alternative zur Landtagsabgeordneten Eva Jähningen (Bündnis 90/Grüne) für den Bereich Umwelt und Kommunalwirtschaft. Der 51-jährige Barth, der für die FDP viele Jahre im Bundes- und im Thüringer Landtag saß, arbeitet aktuell nicht nur in der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie, sondern war beispielsweise in der Vergangenheit auch schon Abteilungsleiter

Immissionsschutz in Erfurt. Er erzielte ein achtbares Ergebnis, hatte letztendlich aber keine Siegchance.

So finden sich unter den gewählten Beigeordneten jetzt vor allem ehemalige Stadträte. Es wird spannend sein zu sehen, inwiefern Personen, die von ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer bisherigen politischen Arbeit her keine oder nur eine sehr geringe Nähe zu ihren neuen Ämtern aufweisen, die neuen Aufgaben meistern und ob es früher eher polarisierend auftretende Stadträte schaffen, jetzt überparteilich für das Wohl der gesamten Stadt zu arbeiten.

www.facebook.com/fdpfraktiondresden

KURZNACHRICHTEN

FDP-Stadtrat Jens Genschmar besuchte Zeltstadt an der Bremer Straße

Kurz nach der Errichtung der Zeltstadt an der Bremer Straße machte sich Jens Genschmar vor Ort ein eigenes Bild. „Die Eindrücke sind bedrückend. Dies darf nur eine Übergangslösung sein“, betonte er, wohlwissend, dass die große Zahl der Asylsuchenden für alle Seiten eine große Belastungsprobe ist. „Deutschland kann und muss Kriegsflüchtlingen helfen. Es gibt aber noch viel Verbesserungspotential im Asylsystem.“ Bei seinem Rundgang lernte Genschmar auch Mohamed aus dem syrischen Aleppo kennen. „Er ist vor einem

Jahr nach Deutschland gekommen, wohnt jetzt in Prohlis, spricht bereits sehr gut Deutsch und hilft ehrenamtlich beim DRK – mein Held des Tages“, so Genschmar.



Baubeginn KöBrü nicht vor 2019

Die unendliche Geschichte: Nachdem Rot-Rot-Grün die Sanierung der Königsbrücker Straße Ende 2014 stoppte, um die Prüfung weiterer Varianten zu veranlassen, ist nun gewiss, dass das Straßen- und Tiefbauamt dafür weitere umfangreiche Umplanungen vornehmen muss und zur Herstellung von Rechtskonformität mehr Zeit benötigt. Eine erneute Verzögerung ist damit amtlich. Ein Baubeginn noch vor der nächsten Dresdner Kommunalwahl im Jahr 2019 erscheint nach Ansicht der FDP/FB-Fraktion unrealistisch.

FDP/FB-Fraktion begrüßt Kurskorrektur bei städtischen Krankenhäusern

Seit Kurzem plant nun auch die linksgrüne Stadtratsmehrheit die Fusion der beiden städtischen Krankenhäuser. „Wir begrüßen diese Kurskorrektur, zwei parallele kommunale Krankenhäuser ergeben einfach keinen Sinn. Leider kommt diese Erkenntnis drei Jahre zu spät“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. „Wir hätten uns gewünscht, dass die linken Parteien bereits während des Bürgerentscheides sowie danach ehrlicher gewesen wären, anstatt mit einem Fusions- und Privatisierungsgespinnst Ängste zu schüren.“

Schon im Mai 2012, kurz nach dem Bürgerentscheid, hatte die damalige FDP-Fraktion die Fusion der Häuser und die Ausschreibung eines gemeinsamen ärztlichen Direktors gefordert. Die Krankenhäuser könnten damit heute bereits fusioniert sein und gemeinsam deutlich stärker und besser dastehen. Der aktuelle Schuldenberg von rund 28 Millionen Euro für beide Häuser hätte vermutlich wesentlich geringer ausfallen können. Doch aus rein ideologischen Gründen wurde der Vorstoß 2012 abgelehnt.

Haushaltssperre verhängt

Vorjohann setzt Rotstift an: Der rot-rot-grüne Doppelhaushalt 2015/2016 ist gescheitert.

Gerade mal ein halbes Jahr ist der von Linksgrün beschlossene Doppelhaushalt 2015/2016 alt, da zieht Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) bereits die Notbremse. Laut der Halbjahresanalyse steuert Dresden bis Jahresende auf ein Defizit von zwölf Millionen Euro zu. Daher sah sich Vorjohann im August veranlasst, eine teilweise Haushaltssperre zu verhängen. Städtische Pflichtaufgaben, Personalkosten, bereits getroffene vertragliche Verpflichtungen, aber auch die großen Kulturbauprojekte und die Investitionen für Schulen und Kitas seien davon nicht betroffen – indirekt wirkt sich die aktuelle Situation aber doch aus, was sich z.B. beim BSZ „Prof. Dr. Zeigner“ zeigt (Artikel rechts). „Der Haushalt ist gescheitert“, konstatiert FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow und prangert mit Blick auf die Beigeordnetenwahl an: „Dresden steht vor gewaltigen Aufgaben und dank rot-rot-grüner Selbstbedienung geht uns jetzt schon das Geld aus. Umso entscheidender wäre es gewesen, dass ein erfahrener Finanzier wie Hartmut Vorjohann, der Ausgaben und Einnahmen genau im Auge behält, auch künftig Bürgermeister ist.“



Sechs Fragen an: Hartmut Vorjohann

Wie lang gilt die Haushaltssperre und wie konnte es zu dieser kritischen Situation kommen? Sind die Steuereinnahmen eingebrochen?

Die Sperre gilt auf Zeit. Wenn Geld auftaucht, muss sie wieder aufgehoben werden. Der Grund für die verhängte Sperre sind aber nicht fehlende Steuereinnahmen – im Gegenteil, die Schätzung geht von einem Plus aus. Es ist die Ausgabenseite, die eine besorgniserregende Dynamik entwickelt hat.

Wo liegen die Ursachen dafür?

Ein Riesenproblem sind die Kosten für die Erziehungshilfen bei Jugendlichen – hier haben wir Steigerungsraten von zehn Millionen Euro pro Jahr. Und auch wenn wir die Haushaltsanmeldung des Jugendamtes 1:1 übernommen haben, fehlen schon wieder sechs Millionen Euro. Probleme bekommen wir auch bei den Kita-Personalkosten. Wie gravierend diese werden, hängt vom Tarifabschluss ab.

Das klingt nach großen Herausforderungen für die Zukunft ...

2016 wird sich die Situation definitiv noch schwieriger darstellen.

Trotz der 2006 mit dem Woba-Verkauf erreichten Schuldenfreiheit ist Dresden keine reiche Stadt. Wir hatten uns eine gute Ausgangslage verschafft, diese werden wir aber verspielen, wenn wir mit Blick auf die Zukunft keinem strategischen Plan folgen. Diesen kann ich momentan bei Rot-Rot-Grün nicht sehen. Im Moment bauen SPD, Linke und Grüne einfach nur kleinteilig noch an den Haushalt an. Der eine macht was für Kulturvereine, der andere etwas im Jugendbereich. Interessanterweise ist aus unserem Haushaltsentwurf von ihnen nichts herausgestrichen worden. Jeder hat zur Befriedung der eigenen Leute noch etwas in den Haushalt hineingenommen. Wenn ich nun alle drei Handschriften auf-

addiere, wird es für den Haushalt schwierig, weil teuer.

Wie schaut es mit Rücklagen aus?

Wir geben schon 2015/2016 im Schnitt 55 Millionen Euro mehr aus, als wir haben. Das Geld nehmen wir aus Rücklagen. Ende 2016 sind diese aufgebraucht. 2017 wollen wir mit dem Verkaufserlös der kommunalen Anteile an der Verbundnetz Gas AG über die Runden kommen. Mehr Tafelsilber, das wir verkaufen sollten, sehe ich nicht.

Für die neue Woba will Rot-Rot-Grün städtische Baugrundstücke kostenlos zur Verfügung stellen. Eine gute Idee?

Hier verhält sich das Bündnis absolut widersprüchlich. Einerseits hat es die geforderten Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Haushalt von 2015 bis 2018 noch einmal um 23 Millionen Euro nach oben geschraubt. Das bedeutet aber andererseits auch, dass jedes Grundstück, das nun doch nicht verkauft wird, weil es an eine städtische Woba gegeben wird, das Haushaltsdefizit erhöht.

Wie lang also bleibt Dresden noch schuldenfrei?

Das ist eine Frage des politischen Willens. Die Stadt kann in jedem Fall schuldenfrei bleiben. Ich unterstelle aber gewissen politischen Kräften, dem Trio Schollbach, Matthis, Kießling von den Linken, dass es für sie eine grundsätzliche Frage ist. Sie wollen die alte Woba-Schlacht noch gewinnen und die Stadt in die Verschuldung treiben. Ihr Kernargument damals war, dass man eine Wohnungsbau-Gesellschaft nicht verkauft und eine Entschuldung nicht dauerhaft sei. Damals hat es die Partei in Dresden zerrissen und man will heute vor der Geschichte Recht behalten.

Haushaltsschieflage? Schulsanierung gestoppt!

Wie kritisch die Haushaltssituation tatsächlich ist, verdeutlicht das Beispiel des Berufsschulzentrums „Prof. Dr. Zeigner“ in der Dresdner Neustadt. Während die Bürger von den Folgen der Haushaltsschieflage tatsächlich nicht viel mitbekommen, gibt es hier erste sichtbare Auswirkungen. Rund 24 Millionen Euro sollten ab Frühjahr 2016 in die Sanierung des fast 100-jährigen Schulgebäudes, einen Erweiterungsbau sowie eine neue Turnhalle fließen. Im Haushalt war dies bereits eingeplant, der Ältestenrat hatte zugestimmt.

Doch nun wurde die dringend notwendige Sanierung der ältesten Dresdner Berufsschule gestoppt – zum zweiten Mal nach 2010. Der Grund damals wie heute sind ausbleibende Fördermittel durch den Freistaat. Besonders pikant: Nicht für das BSZ direkt fehlen diesmal die Fördermittel, sondern für andere Schulprojekte. Insgesamt beläuft sich das Defizit auf elf Millionen Euro. Daher schickt die Stadt um. Rathaussprecher Kai Schulz erklärte zwar gegenüber der Sächsischen Zeitung, dass der Sanierungsbedarf beim BSZ definitiv gegeben sei, doch man müsse Prioritäten setzen. Das Gymnasium Süd-West hat Vorrang. Kein Verständnis für diese Entscheidung zeigt Direktor Konstantin Samaras: „Von gegenwärtig geltenden Standards im Elektro- und Sanitärbereich sowie beim Brandschutz sind wir weit entfernt. Es grenzt an ein Wunder, dass es bis auf kleinere Kabelbrände an Steckdosen oder Lichtschaltern bisher zu keinen größeren Havarien gekommen ist,“ schreibt er in einem Hilferuf an die Ratsfraktionen. FDP-Stadtrat Jens Genschmar vertritt eine klare Linie: „Ich erwarte von der Verwaltung Vorschläge, wie das BSZ saniert werden kann, ohne auf andere Schulbauprojekte zu verzichten.“

KURZNACHRICHTEN

Bauvorhaben am Lindenberg: Thoralf Gebel kämpft für Familien in Weißig

Seit Jahren wollen sich mehrere Familien am Lindenberg in Weißig den Traum vom Eigenheim erfüllen und warten genauso lang schon auf den Bebauungsplan. Dabei handelt es lediglich um eine Abrundung des Weißiger Siedlungsgebietes. Doch ginge es nach Rot-Rot-Grün, wäre dem privaten Wohnungsbau einmal mehr der Riegel vorgeschoben worden – der B-Plan wurde im zuständigen Ausschuss bereits abgelehnt. „Nach der Torpedierung wichtiger Wohnungsbauprojekte sollten nun die privaten Häuslebauer die Leidtragen-

den sein“, so FDP-Stadtrat Thoralf Gebel. „Dabei ist das Bauvorhaben am Lindenberg ein gutes Projekt, das in die örtlichen Strukturen passt.“ Erst nach öffentlichem Druck und nachdem die FDP/FB-Fraktion einem der betroffenen Bauherren ein Rederecht im Stadtrat einräumte, stimmte eine Ratsmehrheit dem Vorhaben zu. Nun liegt es an der Stadt, ein zügiges Verfahren einzuläuten.

Stadtrat muss besser informiert werden

Eine bessere Information der Stadträte über das, was in den städtischen Unternehmen passiert – diesem Ansinnen der FDP/FB-Fraktion ist der Stadtrat auf seiner Sitzung Ende September gefolgt. Künftig muss die Stadtverwaltung nun alle Quartalsberichte vorlegen und zeitnah über wichtige Entwicklungen informieren. „Ich freue mich, dass der Stadtrat unserem Antrag gefolgt ist. Diese verbesserte Informationspolitik ist ein richtiger Schritt, da maßgebliche Entscheidungen heute nur noch in den Unternehmen ablaufen“, so Thoralf Gebel.

Antrag beschlossen: Pläne für die Stauffenbergallee müssen auf den Tisch

Zwei Jahre nach dem ersten Beschluss zu einem ähnlichem FDP-Antrag hat der Stadtrat Ende September erneut die Vorlage der Planungen zur Sanierung der Stauffenbergallee-West beschlossen. Die FDP/FB-Fraktion hofft darauf, dass mit dem neuerlichen Beschluss und unter Führung des neuen Oberbürgermeisters die Pläne nun tatsächlich endlich auf den Tisch kommen und die Verzögerungstaktik der Stadtverwaltung ein Ende hat. Im Dezember 2015 hat Hilbert zwei Varianten (zwei- und vierspurig) zum grundhaften Ausbau

vorgelegt, zudem wird eine einfache Sanierung der Holperpiste geprüft. Die Sanierung der Stauffenbergallee ist aus Sicht der Fraktion entscheidend für die Vollendung des Verkehrszuges Waldschlößchenbrücke. Bereits heute ist jedoch klar, dass der Bau aufgrund der bisher fehlenden Planungen nicht vor 2019 beginnen kann.



Statt Woba-Neugründung: Vorhandene Potentiale nutzen

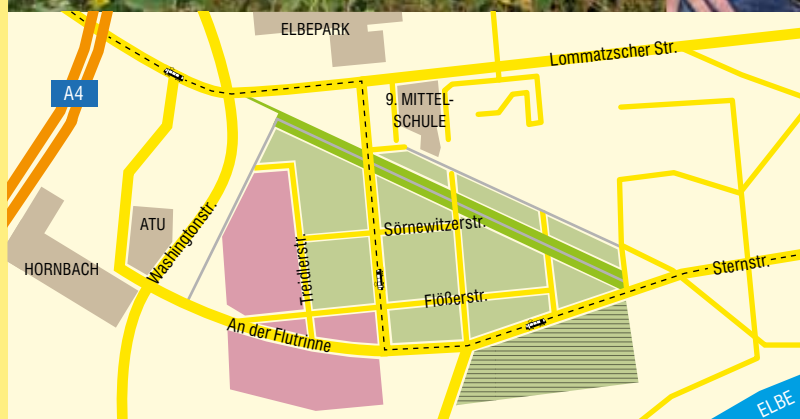
Erschließung eines Wohnbaugebietes in Kaditz/Mickten wäre nur eine von mehreren Alternativen gewesen.

Seit dem 6. August ist es amtlich: Mit dem Stimmen von SPD, Linken und Grünen hat der Stadtrat die Gründung einer neuen städtischen Woba angekündigt. 2016 soll die neue Gesellschaft auf den Weg gebracht werden – exakt zehn Jahre nachdem Dresden mit dem Verkauf der damaligen Woba die Schuldenfreiheit erlangte.

„Es ist unglaublich und unverantwortlich, dass Linksgrün die Stadt in solch ein Abenteuer führt, obwohl es unsere Haushaltslage zum einen nicht zulässt und es zum anderen Alternativen gibt“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. Bis zuletzt hatte seine Fraktion versucht, eine Vertagung der Abstimmung zu erlangen, um diese weitreichende Entscheidung – auch mit Blick auf das städtische Wohnkonzept – zunächst noch einmal ausführlich zu diskutieren. Besonders da alle Fakten des kommunalen Wohnungsmarkberichts, des Mietspiegels und auch der neuen kommunalen Bürgerumfrage gegen die Errichtung einer neuen städtischen Woba sprechen. „Wir können sicher sagen, dass es die vermeintliche Wohnungsnot in Dresden nicht gibt, dass der freie Wohnungsbaumarkt boomt und dass es ausreichend vorhandenes Potential gibt, das einfach noch nicht ausgeschöpft wurde“, so Zastrow. „Gerade das städtische Wohnkonzept geht strukturell und inhaltlich weit über den eindimensionalen Vorschlag einer neuen Woba hinaus und widerspricht diesem beispielsweise beim Punkt Grundstücksverwertung und Förderung von Investoren deutlich. Aus diesem Grund hätten beide Vorschläge gemeinsam diskutiert werden müssen. Zudem gab es



Holger Zastrow auf Dresdens teuerster Blumenwiese: Statt Sonnenblumen könnten hier auch bis zu 2.500 Wohnungen stehen.



- Dieses Gebiet wurde bereits bebaut.
- B-Plan steht. Hier könnten sofort neue Wohnungen entstehen.
- Für dieses Areal soll aktuell ein neuer B-Plan (ebenfalls für Wohnungsbau) erstellt werden.

keinen Zeitdruck, der es erforderlich gemacht hätte, das Thema im Rahmen der Sondersitzung durchzudrücken.“

Als eine Alternative zur Woba-Neugründung hatte Zastrow im Sommer exemplarisch auf ein Areal südlich des Elbeparks in Kaditz/Mickten verwiesen. Hier befindet sich ein vollständig erschlossenes Wohnbaugebiet mit einem Potential von bis zu 2.500 Wohnungen. Circa 69 Millionen DM (also rund 35 Millionen Euro) wurden Mitte der 1990er Jahre

in die Hand genommen, um das Gebiet mit Straßen, Kanalisation, Strom sowie Straßenbahn- und Medienanschlüssen zu versorgen. Etwa zehn Millionen Euro davon trug die Stadt. Mittlerweile fährt die Straßenbahnlinie 9 hier entlang und sogar Bäume wurden an den Straßen gepflanzt. Allein die Häuser fehlen – nur ein Bruchteil des Areals (siehe Grafik oben) wurde bisher auch tatsächlich bebaut. Um das zu ändern, muss die Stadt die Rahmenbedingungen schaffen: „Die Stadt muss mit den derzeitigen Grundstückseigentü-

mern über die Zukunft der Flächen sprechen und sich auf die Suche nach potentiellen Investoren begeben. Mit einfachen Mitteln könnte hier viel erreicht werden“, ist sich Zastrow sicher. „Natürlich handelt es sich nicht um eine 1A-Lage, aber um vernünftige Wohnungen zu bauen, reicht es allemal. Der Stadtrat hat sogar bereits den gültigen Bebauungsplan an die aktuelle Hochwasserproblematik angepasst. Auch der Hochwasserschutz für das Areal wird kommen.“ Es ist also angerichtet. Man muss es nur wollen – statt sich in solch utopische Abenteuer wie eine neue Woba zu stürzen.

FDP/FB fordert Politik für den Tourismus

Es ist ein erstes Alarmsignal: Im November wurde bekannt, dass in den ersten acht Monaten 2015 über 1,7 Prozent weniger Touristen nach Dresden kamen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland sank sogar um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei waren alle Beteiligten Ende 2014 noch von weiter steigenden Übernachtungszahlen ausgegangen. Den Hauptgrund für die ausbleibenden Touristen sehen Branchenvertreter im durch PEGIDA entstandenen Imageschaden. „Das allein ist schon schwierig genug für die Tourismusbranche. Dazu kommt, dass sich dank Rot-Rot-Grün die Rahmenbedingungen immer weiter verschlechtern. Getrieben von der Annahme auf weiter steigende Zahlen wollten auch sie etwas vom Kuchen abhaben und beschlossen nach der gescheiterten Kurtaxe eine neue Tourismusabgabe – zur Stopfung von Haushaltslöchern“, so FDP-Stadtrat Thoralf Gebel. Die Tourismusbranche als einer der wichtigsten Arbeitgeber der Stadt steuert auf harte Zeiten zu. Es müsse endlich Schluss sein mit immer neuen tourismus- und wirtschaftsfeindlichen Ratsentscheidungen. Doch stattdessen erfolgte im September ein weiterer Nackenschlag. Den erneuten Antrag von CDU und FDP/FB, der die stadtweite Ladenöffnung an zwei Adventssonntagen im Jahr 2015 noch ermöglichen sollte, lehnte die Mehrheit im Rat ab. „Damit hat es Linksgrün einmal mehr verpasst, endlich an einer konstruktiven Wirtschaftsförderung für unsere Stadt mitzuwirken“, klagt Gebel an.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra
Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

David Pinzer (S. 1), E. Wolff (S. 3),
Olaf Rentsch (S. 4), Karsten Prauße (S. 4)
Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE: Mensch, ärgere dich nicht!

Dieses Spiel hat unsere Kindheit geprägt. Man lernte, dass man kurz vor einem lang ersehnten Ziel zurückgeworfen werden kann, bis zum Neuanfang. Tapfer würfelte man weiter, nur nicht unterkriegen lassen! Zum Glück existieren bei die-

sem Spiel feste Regeln, schummeln ist genau genommen nicht möglich.

Anders spielen wir heute das „Mensch, ärgere dich nicht“ im Stadtrat. Die Farbe wird gemischt, mehrere Farben schließen sich zusammen. Der Würfel wird oft nicht weitergegeben und man kann sogar rausgeschmissen werden, ohne dass ein sichtbares Hindernis erkennbar wurde. Letztendlich gibt es keinen Sieger, denn durch das ständige Vorwärts und Rückwärts geht die Zielrichtung verloren ...

Sie glauben es nicht? Schauen Sie doch einmal auf die Projekte Marina Garden oder Hafencity. Alle Figuren wieder zurück, die Stadtverwaltung entwirft



ohnehin neue Masterpläne! Den Investoren wurde der Würfel gar nicht erst in die Hände gegeben. Sprich: Sie wurden noch gar nicht gefragt, wie es weitergehen soll. Kommt man so zum Ziel? Das Kraftwerk Mitte als Zielobjekt: Es wird wohl viel teurer werden als geplant. Künftige Mieter werden heran beordert, aber wollen die Schüler des Dresdner Heinrich-Schütz-Konservatoriums wirk-

lich in fensterlosen Räumen musizieren? Man hat sie noch nicht gefragt. Unsere Königsbrücker Straße – ein Meisterwerk sächsischer Traumkunst! Aber wie soll man mit acht verschiedenen Planungsvarianten eine einzige Straße bauen, die allen Benutzern Freude machen soll?

Diese Aufzählung könnte ich ewig fortsetzen, will ich aber nicht. Was ich will, ist, wieder nach festen Regeln zu spielen, das heißt arbeiten! So, wie ich es vor 16 Jahren als Neuling im Dresdner Stadtrat gelernt habe.

Ihr

Franz-Josef Fischer

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662